

Stellungnahme zum Antrag

Vorlage Nr.: 2025/0032

Verantwortlich: **Dez. 3**
Dienststelle: **SJB**

Umsetzung Nationaler Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit 2024 auf kommunaler Ebene - Wohnungs- und Obdachlosigkeit in Karlsruhe vermeiden Interfraktioneller Antrag: SPD, GRÜNE, KAL, Die Linke, Volt

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Gemeinderat	18.02.2025	13	Ö	Kenntnisnahme
Sozialausschuss	09.07.2025	2	Ö	Entscheidung

Kurzfassung

Der Sozialausschuss nimmt Kenntnis von der Umsetzung des Nationalen Aktionsplans auf lokaler Ebene (LAP).

Finanzielle Auswirkungen	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/> Investition <input type="checkbox"/> Konsumtive Maßnahme	Gesamtkosten: Jährliche/r Budgetbedarf/Folgekosten:	Gesamteinzahlung: Jährlicher Ertrag:
Finanzierung <input type="checkbox"/> bereits vollständig budgetiert <input type="checkbox"/> teilweise budgetiert <input type="checkbox"/> nicht budgetiert	Gegenfinanzierung durch <input type="checkbox"/> Mehrerträge/-einzahlung <input type="checkbox"/> Wegfall bestehender Aufgaben <input type="checkbox"/> Umschichtung innerhalb des Dezernates	Die Gegenfinanzierung ist im Erläuterungsteil dargestellt.

CO₂-Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> positiv <input type="checkbox"/> negativ <input type="checkbox"/>	geringfügig <input type="checkbox"/> erheblich <input type="checkbox"/>
IQ-relevant	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	Korridor Thema:
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit

Erläuterungen

1. Die Stadtverwaltung erstellt in Anknüpfung an das bestehende städtische Gesamtkonzept Wohnungslosenhilfe ein inhaltliches und zeitliches Ergänzungskonzept, in dem dargestellt wird, welche Schritte erfüllt werden sollen, um dem Nationalen Aktionsplan (NAP) bis zum vorgegebenen Ziel 2030 zu entsprechen.

Der Nationale Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit (NAP-W) „Gemeinsam für ein Zuhause“, den die Bundesregierung der 20. Wahlperiode im April 2024 aufgelegt hat, beinhaltet sozial- und wohnungspolitische Maßnahmen zur Überwindung von Wohnungslosigkeit und fokussiert dabei auf Prävention von Wohnungslosigkeit sowie auf die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum. Ziel ist es, Wohnungslosigkeit bis 2030 zu überwinden.

Das Karlsruher Wohnungslosensystem ist stark differenziert und enthält sowohl zielgruppenspezifische als auch zielgruppenübergreifende Angebote. Dank der guten und intensiven Kooperation mit den freien Trägerinnen und Trägern, privat Vermietenden, der Wohnungswirtschaft sowie der Volkswohnung GmbH (VoWo) gelingt es trotz schwieriger Rahmenbedingungen auf dem Wohnungsmarkt, wohnungslose Menschen bedarfsgerecht zu versorgen. Die Stadt Karlsruhe hat im Bereich der Wohnungslosenhilfe bundesweit eine Vorbildfunktion, und andere Städte und Gemeinden orientieren sich am Karlsruher System (unter anderem an dem Fachstellenmodell, der Kooperation mit der Wohnungswirtschaft, der Wohnraumakquise, dem Lotsenprogramm).

Trotz des großen Engagements der Beteiligten und der breiten Angebotspalette ist die Zahl wohnungsloser Menschen, wie auch bundesweit, in Karlsruhe nach dem Corona-Tief wieder gestiegen. Es bedarf daher zusätzlicher Anstrengungen, um die Zahl wohnungsloser Menschen zukünftig zu senken.

Folgende Schritte zur Umsetzung des Nationalen Aktionsplans auf lokaler Ebene (LAP) sind geplant: Zunächst ist es wichtig, fachstellenintern noch genauer zu evaluieren, wer aus welchen Gründen in das System der Wohnungslosenhilfe kommt. Hier bedarf es einer aussagekräftigen **Statistik**, die als Basis weiterer Analysen dient und eine Voraussetzung dafür ist, dass sich das System noch besser auf die Bedarfe einstellen kann. Auch bei der Wohnraumakquise wird es zukünftig eine noch differenziertere Statistik geben, um abzubilden, ob die Belegungssteuerung passgenau weiterhin gezielt wohnungslose Menschen adressiert.

Die Lebenslagen wohnungsloser Menschen sind vielfältig und heterogen. Sie haben unterschiedliche Ressourcen und somit auch einen differenzierten Hilfebedarf. Um die weiteren (Wohn-)Bedarfe festzustellen, ist eine Einschätzung über den Grad, den die Personen an Selbsthilfe beziehungsweise an Unterstützung benötigen, hilfreich. Laut Einschätzung der Fachstelle Wohnungssicherung gibt es unter den monatlich ordnungsrechtlich untergebrachten Personen einen Anteil an circa 5 Prozent, der relativ selbständig auf dem freien Wohnungsmarkt Fuß fassen kann und daher **kaum Unterstützung** braucht.

Weiter gibt es einen Personenkreis mit **geringem Unterstützungsbedarf**, der zum Beispiel über die Wohnraumakquise oder über das Programm „Lotsen aus der Wohnungslosigkeit“ oder über die VoWo mit Wohnraum versorgt werden kann. Dies trifft auf einen Anteil von circa 15 Prozent der untergebrachten Personen zu.

Wohnungslosigkeit geht oft mit multiplen Problemlagen einher. Hier bietet das differenzierte und auf spezifische Bedarfslagen ausgerichtete Wohnungslosenhilfesystem Unterstützung. Für wohnungslose Menschen, die längerfristig keinen eigenen Wohnraum finden und daher einen **erhöhten Unterstützungsbedarf** haben, greifen die Angebote wie zum Beispiel das Betreute Wohnen bei Trägern. Dies trifft auf circa 50 Prozent der untergebrachten Personen zu. Hier wäre in Zukunft die Möglichkeit zu

prüfen, ob ein Teil der ordnungsrechtlichen Unterbringungen in Wohnungen mit eigenem Mietvertrag umgewandelt werden kann.

Hat sich die Wohnungslosigkeit verfestigt und beträgt bereits über ein Jahr und liegen langfristig keine Perspektiven auf dem Wohnungsmarkt vor, so ist ein **langfristiger Unterstützungsbedarf** gegeben, zum Beispiel über die Langzeithilfen der Heimstiftung Karlsruhe oder über den Anker der AWO; diese Angebote dienen zur Stabilisierung der Lebenslagen. Insbesondere im Anker sind die Menschen chronisch mehrfach belastet. Dies betrifft in etwa 15 Prozent der Untergebrachten.

Die Zahl der wohnungslosen Menschen, die psychisch auffällig, gesundheitlich eingeschränkt sind und oftmals durch das Raster der Hilfesysteme fallen, da diese oft zu hochschwellig sind oder es an Krankheitseinsicht fehlt, hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen (siehe Gesamtkonzept Wohnungslosenhilfe `97 – Vierzehnter Sachstandsbericht 2025, Kapitel 10). Dieser Personenkreis benötigt aufgrund der multiplen, oftmals gesundheitlichen Einschränkungen zum Beispiel ein Pflegeheim. Diese Regelangebote sind für wohnungslose Menschen jedoch oft verschlossen. Daher muss die Wohnungslosenhilfe auch zukünftig diese Lücke schließen und niedrigschwellige Angebote an den Schnittstellen der Hilfesysteme auflegen. Laut Einschätzung der Fachstelle Wohnungssicherung betrifft dies einen Anteil von etwa 15 Prozent der ordnungsrechtlich untergebrachten Personen mit **dauerhaft intensivem Unterstützungsbedarf**.

2. Die Verwaltung entwickelt Vorschläge, wie mit den Bedarfen des steigenden Anteils Pflegebedürftiger unter den Wohnungslosen umgegangen werden kann.

Der Anteil an wohnungslosen Menschen mit medizinischen, pflegerischen und psychiatrischen Bedarfen ist in den letzten Jahren gestiegen. Um diesen Personenkreis zu versorgen, gibt es bereits einen Arbeitskreis, bestehend aus freien Trägerinnen und Trägern, Sozialplanung und Fachstelle. In der gemeinsamen Expertise sind innovative Konzepte entstanden, die zum Teil bereits umgesetzt werden (siehe Gesamtkonzept Wohnungslosenhilfe `97 – Vierzehnter Sachstandsbericht 2025, Kapitel 10).

Aktuelle Beispiele sind die Angebote **Gesundheitslotsen**, das aus einem Tandem Sozialer Arbeit und Pflegefachkraft besteht, das **Chancenhaus** mit Sozialarbeit vor Ort oder die **mobile Pflege**, die in unterschiedlichen Einrichtungen aufsuchend tätig wird. Ab Mai 2025 wird es zudem eine mit Fahrstuhl zugängliche, barrierearme Vier-Zimmer-Wohngemeinschaft für pflegebedürftige wohnungslose Menschen geben, in der ein mobiler Pflegedienst eingesetzt wird.

Im Männerwohnheim Rüppurrer Straße 23 (Rü 23) gibt es zum bestehenden Team eine zusätzliche Sozialarbeiterstelle, um aufsuchende Hilfe anzubieten und bei besonderen Bedarfen wie zum Beispiel Pflege, intensivere Unterstützung zu leisten. Zukünftig wird bei der Neuerfassung wohnungsloser Menschen auch, falls vorhanden, der Pflegegrad oder der geschätzte Pflegebedarf erfasst. Somit kann die Zahl der Pflegebedürftigen erhoben werden und besser auf die vorhandenen Bedarfe reagiert werden.

3. Die Stadtverwaltung veröffentlicht den Stand der Umsetzung im städtischen Open Data Dashboard für die Bürger*innen dauerhaft transparent und verständlich. Jährliche Zwischenstände werden unter Einbezug der in diesem Bereich aktiven Träger im Sozialausschuss diskutiert.

Das Karlsruher Wohnungslosenhilfesysteme ist sehr transparent. Die Entwicklung der Daten und des Hilfesystems wird alle zwei Jahre im Gesamtkonzept Wohnungslosenhilfe `97 fortgeschrieben und den politischen Gremien berichtet. Das Gesamtkonzept ist einer breiten Öffentlichkeit über Internet und als Broschüre zugänglich.

Die Wohnungslosenhilfe der Stadt Karlsruhe ist partizipativ ausgerichtet. Bei der Umsetzung des Lokalen Aktionsplans auf lokaler Ebene (LAP) sind der Einbezug der Mitarbeitenden und ihre

Erfahrungen aus der täglichen Praxis unabdingbar. Ebenso ist die Partizipation der freien Träger wichtig. Sie sind vertrauensvolle und enge Kooperationspartner und kennen die Bedarfe wohnungsloser Menschen aus nächster Nähe. Die Expertise und Einschätzungen aus der Praxis sind wertvoll, um qualitative Hinweise bei der Umsetzung des LAP zu erhalten, die bei der quantitativen statistischen Erfassung nicht sichtbar werden. Daher wird in den nächsten Schritten der Umsetzung des LAP zunächst fachstellenintern ein mitarbeitendenbezogener Prozess gestartet und anschließend ein Prozess zusammen mit den Trägerinnen und Trägern und dem Netzwerk der Wohnungslosenhilfe. Ziel ist es, in gemeinsamen Überlegungen, analog des Strategietages 2017, nach Lösungen zu suchen.

Nur gemeinsam kann es gelingen, das Hilfesystems unter den Rahmenbedingungen des engen Wohnungsmarktes und der wirtschaftlich herausfordernden Lage weiterzuentwickeln und Wohnungslosigkeit zu verringern.